

Seite: 22 bis 22
Rubrik: Wirtschaft und Verbraucher
Seitentitel: GES

Gattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2012
Auflage: 399.421 (gedruckt) 345.623 (verkauft)
 373.810 (verbreitet)

Ausgabe: Rheinische Post Gesamtausgabe

Reichweite: 1,06 (in Mio.)

"Private Kassen sind nicht tragfähig"

Interview Doris Pfeiffer, Chefin des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenkassen, über die Überschüsse in den Krankenkassen, die Praxisgebühr und die Zukunft der privaten Krankenversicherung

Warum bestehen die Krankenkassen trotz satter Überschüsse auf die Beibehaltung der Praxisgebühr?

Pfeiffer Die Praxisgebühr bringt jährlich rund zwei Milliarden Euro ein. Wenn man die Praxisgebühr abschaffen will, muss man über eine alternative Einnahmequelle reden. Wir haben zwar im vergangenen Jahr Überschüsse erreicht, aber wir denken auch an die Zukunft.

Als die Praxisgebühr eingeführt wurde, hat man sich eine Steuerungswirkung für weniger Arztbesuche erhofft. Das hat nicht geklappt. Muss die Praxisgebühr reformiert werden?

Pfeiffer Im Koalitionsvertrag gibt es ja den Auftrag für eine Reform der Praxisgebühr. Bei einer Reform muss man versuchen, die Einnahmen beizubehalten und die Steuerungswirkung zu verbessern, ohne die Menschen von notwendigen Arztbesuchen abzuhalten.

Haben die Krankenkassen dazu einen eigenen Vorschlag?

Pfeiffer Nein. Die Politik hatte die Praxisgebühr seinerzeit eingeführt, jetzt ist es an ihr, entsprechende Reformen anzustoßen.

Der Finanzminister wird dem Gesundheitsfonds zwei Milliarden Euro entziehen. Können Sie das verkraften?

Pfeiffer Wir reden seit vielen Jahren davon, dass wir in den Sozialsystemen nachhaltig wirtschaften müssen. Wir haben in der Rentenversicherung eine Nachhaltigkeitsreserve, die zwischen 0,2 und 1,5 Monatsausgaben liegt. Wenn diese anderthalb Monatsausga-

ben überschritten werden, wird der Beitragssatz gesenkt. Übertragen auf die Krankenversicherung würde das bedeuten, dass die Reserven insgesamt bis zu 22 Milliarden Euro betragen können. Aktuell sind wir in der GKV bei rund 19 Milliarden Euro Überschuss. Das heißt, ich sehe überhaupt keinen Grund, über die Ausschüttung von Geldern oder die Kürzung von Bundeszuschüssen zu reden.

Fordern Sie für die Kassen eine gesetzlich festgelegte Reserve, wie es sie auch in der Rentenversicherung gibt?

Pfeiffer Es wäre sinnvoll, wenn die Gesetzliche Krankenversicherung, wie dies auch die Rentenversicherung hat, über eine gesetzlich festgelegte Rücklage verfügen würde. Über die Höhe muss man sicher noch diskutieren.

Ihre Kritiker sagen, Krankenkassen seien keine Sparkassen. Was spricht gegen eine Kürzung des Zuschusses?

Pfeiffer Mit dem Bundeszuschuss finanzieren wir versicherungsfremde Leistungen wie Krankengeld, Mutterschutz und die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und Ehegatten. Diese Ausgaben haben sich nicht reduziert. Es gibt also keinen Grund, die Leistungen zu kürzen. Wir müssen auch bedenken, dass die Krankenkassen im Durchschnitt pro Jahr einen Ausgabenanstieg von 3,5 Prozent und einen Einnahmeanstieg von 1,5 Prozent haben. Das heißt, es entsteht jedes Jahr eine Lücke. Die aktuelle Lage ist eine Ausnahmesituation.

Die CDU stellt die Existenz der Privaten Krankenversicherung in Frage.

Pfeiffer Die PKV hat offenkundig ein Existenzproblem. Ich bin überzeugt, dass das Geschäftsmodell der PKV auf Dauer nicht tragfähig ist. Die PKV kämpft seit Jahren mit steigenden Ausgaben. Die Ausgabensteigerungen sind höher als in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die PKV hat keine Instrumente, das in den Griff zu bekommen.

Wie macht sich das bemerkbar?

Pfeiffer Die Politik geht immer mehr Schritte, um der PKV unter die Arme zu greifen, damit sie nicht umfällt. Die PKV profitiert nun zum Beispiel vom Arzneimittelsparpaket, das für die gesetzlichen Kassen geschnürt worden war. Einige Versicherungsunternehmen haben von sich aus schon in Frage gestellt, ob das Vollversicherungsgeschäft künftig noch ein Feld für sie sein wird.

Sie rechnen also mit Selbstauflösung?

Pfeiffer Ich glaube nicht, dass es einer politischen Entscheidung bedarf. Meine Einschätzung ist, dass das Geschäft der Privaten Krankenversicherung von selbst ausläuft, weil das Geschäftsmodell auf Dauer nicht tragfähig ist. Es werden sich immer mehr Unternehmen aus dem Krankenversicherungsgeschäft zurückziehen. Auch bei den Versicherten macht sich eine zunehmende Skepsis gegenüber der PKV breit. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Wechsler von den Privaten zu den Gesetzlichen auf 160 000 gestiegen.

Eva Quadbeck führte das Gespräch

Wörter: 590

Urheberinformation: (c) Rheinische Post